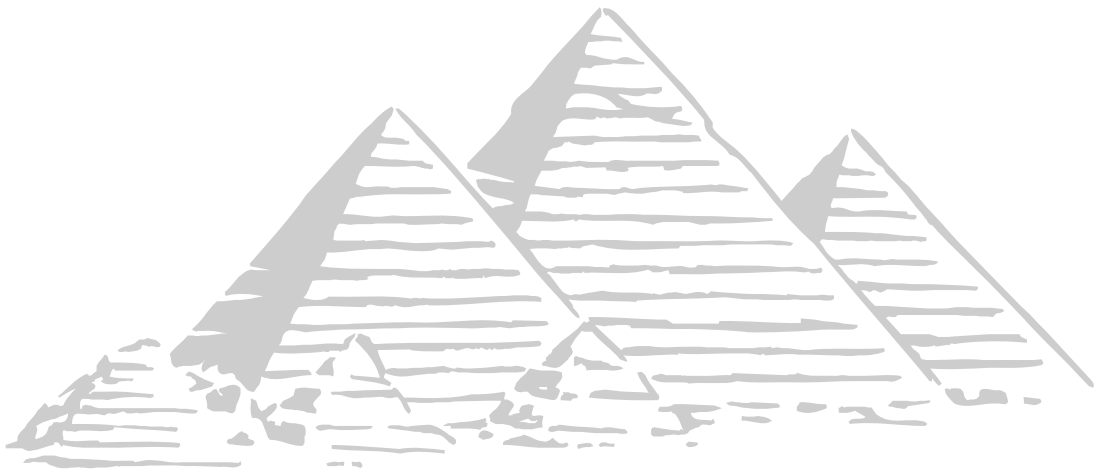


Konrad-Adenauer-Stiftung
Länderbüro Kairo

KAIRO - NEWS

Oktober 2006



Al-Wasat - Moderate Islamisten ?
Michael A. Lange / Monika Hasenmüller

Konrad-Adenauer-Stiftung
Länderbüro Kairo
35, Abu El Feda Street
Zamalek, Kairo

Tel. 0020-2-735 43 29
Fax: 0020-2-737 21 21
kaf@internetegypt.com
<http://www.kas.de>

Al-Wasat – Moderate Islamisten ?

Wahlrecht und Chancengleichheit für Islamisten ?

Vor dem Hintergrund des überraschenden Wahlerfolgs zahlreicher Vertreter der ägyptischen Muslimbruderschaft bei den letzten Parlamentswahlen im Herbst 2005 stellt sich auch in Ägypten zunehmend die Frage, welche Wahlchancen islamische Gruppierungen/Parteien hätten, wenn sich die politischen Systeme in der Region demokratisch öffnen und freie und faire Wahlen stattfinden würden.

Diese Frage ist naturgemäß verknüpft mit dem unterschiedlichen Charakter der jeweiligen Wahlsysteme in den verschiedenen Ländern, wobei in Ägypten der Umstand zu beachten ist, dass dort eigentlich keine Parteien bzw. Parteilisten kandidieren, sondern einzelne Wahlkreiskandidaten die entweder von einer Partei nominiert worden sind, einer Partei angehören, ohne von ihr explizit nominiert worden zu sein, oder einer politischen Gruppierung angehören, die über keine Parteilizenz verfügt und den Kandidaten somit zum „Unabhängigen“ Kandidaten macht.

Nur aufgrund dieses besonderen verfassungs- bzw. wahlrechtsbedingten Umstandes konnte die eigentlich verbotene ägyptische Muslimbruderschaft bei den letzten Parlamentswahlen überhaupt „unabhängige“ Kandidaten ins Rennen schicken, von denen die Wähler nur mittels ihres überraschend zugelassenen, einheitlichen Wahlslogans (Islam ist die Lösung) wissen konnten/durften, dass sie tatsächlich Kandidaten waren, die über die (inoffizielle) Unterstützung der ägyptischen Moslembrüder verfügten.

Da der Regierungspartei der Erfolg dieser Kandidaten, die trotz massiver Behinderungen durch die Sicherheitskräfte die Zahl ihrer Mandate mehr als vervierfachen konnten ein Dorn im Auge ist, stellt sie momentan Überlegungen an, das existierende Wahlrecht zu ändern und nur noch Parteien bzw. Parteilisten zur (Verhältnis-) Wahl zuzulassen.

Für die Regierungspartei hätte dies den Vorteil, dass unter diesen Umständen keine „unabhängigen“ Kandidaten mehr zur Wahl zugelassen werden müssten, es sei denn, diese hätten rechtzeitig vor der Wahl erfolgreich eine Parteigründung betrieben und wären haben auf diese Weise keine „Unabhängigen“ mehr.

Da die Regierungspartei im entscheidenden „Parteilizenzierungsausschuss“ der ägyptischen Nationalversammlung, dem sog. „Political Parties Committee“, der für die Zulassung politischer Gruppierungen als Partei zuständig ist, aber über eine „politische“ Mehrheit verfügt, können Lizenzierungsanträge von politischen Gruppierungen, die der ägyptischen Muslimbruderschaft zumindest nahe stehen, leicht mit der Begründung abgewiesen werden, die ägyptische Verfassung ließe keine „allein auf religiösen Überzeugungen“ basierenden politischen Parteien zu.

Al Wasat – moderate Alternative zu den ägyptischen Muslimbrüdern ?

Dieser Umstand war deshalb auch bereits im Jahre 1996 der Grund für eine Abspaltung von der ägyptischen Muslimbruderschaft, die sich damals insgesamt noch nicht zur Gründung eines politischen Flügels der Bewegung in Form einer politischen Partei hatte durchringen können. Neben anderen Parteien bemüht sich also seit jenem Jahr eine Gruppierung mit dem Namen „hizb al-wasat“ (Partei der Mitte) um eine offizielle Zulassung als Partei. Bislang aber wurde jeder ihrer wiederholt eingebrachten Anträge mit der Begründung abgelehnt, dass die Partei der ägyptischen Parteienlandschaft nichts Neues hinzufüge – was nach dem geltenden Parteiengesetz aber notwendige Voraussetzung für die Zulassung einer Partei ist.

Gründer der Partei ist Abu al-Ala Madi, wie viele andere Wasat-Gründer ehemaliges Mitglied der Muslimbruderschaft. Von 1977 bis 1980 war er stellvertretender Landesvorsitzender der Studentenunion, in den Jahren 1987 bis 1995 stellvertretender Generalsekretär der Vereinigung der Ingenieure. Mit dieser politischen Biographie steht er stellvertretend für

viele Mitglieder der jüngeren Generation der Muslimbrüder – eine Generation, die durch die islamische Studentenbewegung der 1970er Jahre politisiert wurde. Viele aus dieser so genannten "Generation der Mitte" engagierten sich zunächst in islamischen Studentengruppen, dann in den offiziellen Studentenvertretungen und traten nach ihrem Studium in die Muslimbruderschaft ein, für die sie in zahlreiche Berufsvereinigungen gewählt wurden. Während diese Generation von Muslimbrüdern außerhalb der Muslimbruderschaft politisch also äußerst aktiv war, blieb sie vom Entscheidungsfindungsprozess innerhalb der Organisation, der bis heute von einem kleinen Kreis älterer Muslimbrüder bestimmt wird, ausgeschlossen. Diese Diskrepanz führte zu wachsender Unzufriedenheit unter den jüngeren Mitgliedern der Bruderschaft und hatte zahlreiche Austritte aus der Organisation zur Folge. Die praktische politische Arbeit in den Berufsvereinigungen scheint bei den Aktivisten der mittleren Generation zudem zu einem wachsenden Selbstbewusstsein, sowie zu einer pragmatischeren und moderateren Orientierung geführt zu haben.

Diese beiden Faktoren, Unzufriedenheit mit den internen Strukturen sowie ideologische Differenzen, gaben neben der Konzeptionslosigkeit der Muslimbrüder auf vielen Politikfeldern wohl schließlich den Ausschlag für die Gründung der Wasat-Partei. So verwies Abu al-Ala Madi bei Gründung der neuen Partei auf den eklatanten Widerspruch zwischen dem Bekenntnis der Muslimbrüder zu Demokratie und Pluralismus und ihren nicht transparenten, undemokratischen Entscheidungsstrukturen. Für den ersten Antrag auf Parteigründung konnte Abu al-Ala Madi 62 Muslimbrüder als Unterstützer gewinnen. Nachdem diese sich allerdings von ihrer Führung vor die Wahl gestellt sahen, sich für eine der beiden Organisationen zu entscheiden, blieben die meisten von ihnen der Bruderschaft treu. Das Verhältnis der Muslimbruderschaft zur Partei ist ambivalent: Einerseits hat sie sich in einem offiziellen Beschluss ihres Führungsgremiums (maktab al-irshad) und anderen Stellungnahmen gegen die Gründung der hizb al-wasat ausgesprochen, der gegenwärtige Führer der Bruderschaft und damaliges Mitglied des Führungsgremiums, Mahdi Akef, soll die Gründung aber unterstützt haben.

Im Gegensatz zur Muslimbruderschaft haben zahlreiche unabhängige muslimische Gelehrte und Intellektuelle ihre Sympathie für al-Wasat bekundet, so z. B. Fahmi Huweidi, Muhammad Imara, Yusuf al-Qaradawi, Muhammad Salim al-Awwa und Tariq al-Bishri. Wie auf der Website der Partei zu lesen ist, standen die beiden letzteren der Partei bei der Ausarbeitung des Parteiprogramms beratend zur Seite, Yusuf al-Qaradawi, der v. a. durch seine Sendung auf al-Jazira bekannt ist, wird als weiterer Denker benannt, an dem sich die Partei orientiert.

Der Name dieser Partei weist bereits darauf hin, dass sich die Gründer der „hizb al-wasat“, viele von ihnen ehemalige Mitglieder der Muslimbrüder, als Vertreter eines "Islams der Mitte" verstehen. Mit dieser Namensgebung orientieren sie sich an einigen zeitgenössischen muslimischen Intellektuellen, in deren Denken der Begriff der Mitte – als Leitmotiv für die Ablehnung jeglichen Extremismus in der Religion – konstitutiv erscheint. Dieses Bekenntnis zur Mitte findet sich auch in den Positionen der Partei wieder, so plädiert sie für Demokratie und Pluralismus, die rechtliche Gleichstellung von Muslimen und Christen sowie von Männern und Frauen. Bemerkenswert ist insbesondere, dass sie sowohl Frauen als auch Kopten den Zugang zum Präsidentenamt ermöglichen will. Mit dieser Forderung geht sie über die aktuelle Verfassungswirklichkeit hinaus – nach geltender Verfassung kann nur ein männlicher Muslim in Ägypten das Amt des Präsidenten einnehmen – und erweist sich damit als deutlich progressiver als andere ägyptische politische Parteien, die Regierungspartei NDP selbstverständlich eingeschlossen, die bislang keinerlei Anstrengungen in diese Richtung unternommen haben.

Die hizb al-wasat versteht sich als islamische Partei: Ideologisches Fundament der Partei bzw. ihrer Programmatik ist dabei nicht der Islam als Religion, sondern als Zivilisation, zu der auch die ägyptischen Christen gehörten. Durch die Öffnung der Partei für Christen, die immerhin etwa 10 Prozent der ägyptischen Bevölkerung ausmachen, setzt sich die hizb al-wasat deutlich von der Muslimbruderschaft ab, die sich allein auf den Islam als Staatsreligion beruft, wobei deren Position zum rechtlichen Status von Nicht-Muslimen in einem islamischen Staat nicht immer eindeutig erscheint. Dass die von der Wasat-Partei geforderte Gleichberechtigung zwischen Muslimen und Christen nicht nur ein Lippenbekenntnis ist, stellte sie 1998 mit ihrem zweiten Zulassungsantrag unter Beweis, den u. a. drei bekannte christliche Persönlichkeiten unterstützten; darunter der Protestant Rafiq Habib sogar als ein Mitglied des fünfköpfigen Führungsgremiums der Partei. Auch die Haltung zur politischen Partizipation von Frauen, neben dem Status von Nicht-Muslimen oft Anlass zur Kritik an islamischen Parteien, ist in diesem Falle positiv zu bewerten. Ebenso wie den Christen soll nach dem Parteiprogramm von Al-Wasat auch den Frauen der Weg in alle Staatsämtern, inklusive dem Präsidentenamt, offen stehen.

Ein zentraler Punkt des Parteiprogramms bleibt jedoch die Forderung nach Einführung der Shari'a. Die Wasat-Partei beruft sich hier auf Artikel 2 der ägyptischen Verfassung, in dem bereits jetzt festgelegt ist, dass die Shari'a als Hauptquelle der Gesetzgebung zu gelten habe. Erscheint diese Forderung mit Blick auf die Wahrung der Menschen- und Bürgerrechte von religiösen Minderheiten zunächst problematisch, so relativieren sich diese Bedenken bei näherer Betrachtung des Parteiprogramms. Die Gründer der Partei betonen darin ausdrücklich, dass nur solche Regelungen der Shari'a verbindlich Geltung haben sollen, die die Entwicklung einer modernen Gesellschaft fördern. An der Formulierung dieser Regelungen sollen alle gesellschaftlichen Kräfte beteiligt werden. Die Beurteilung der Rolle der Shari'a in der Partei ist dabei erkennbar durch die Überlegungen zeitgenössischer muslimischer Reformdenker geprägt und hat wenig mit dem Verständnis der Shari'a als unveränderlichem Gesetz gemein, wie man es bei anderen, stärker fundamentalistisch ausgerichteten islamischen Gruppierungen findet. So heisst es an einer Stelle des Programms: "They (the founding members) believe that the interpretations of shari'a they offer, although illuminated by the general goals of shari'a and its fundamental principles, are nonetheless human interpretations and as such may or may not be correct. Hence they are open to debate, criticism and revision and change depending on time and place."

Was dies in der Praxis bedeutet, ist schwer abzuschätzen. Die Position der Partei zum rechtlichen Status von Frauen und Christen zeigt aber eine große Flexibilität in der Interpretation der Shari'a, da im klassischen islamischen Recht beiden Gruppen nicht die vollen Bürgerrechte zugestanden werden. Die Wasat-Partei gibt hier dem (modernen) Konzept der Staatsbürgerschaft den Vorzug vor klassischen islamischen Konzepten. Vor diesem Hintergrund können die Forderungen der hizb al-wasat nach Demokratie, freien Wahlen und der Einhaltung der Menschenrechte als durchaus glaubwürdig betrachtet werden.

An konkreten politischen Maßnahmen auf innenpolitischer Ebene fordert die Partei momentan die Aufhebung des Ausnahmezustandes, der seit der Ermordung Sadats in Kraft ist, die Freilassung „politischer Gefangener“, die Beendigung von Menschenrechtsverletzungen, eine unabhängige Justiz, freie Wahlen auf allen Ebenen (auch bei den Berufsvereinigungen), effektive Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung sowie eine unabhängige Justiz. Außerdem plädiert sie für die Reformierung der AL-Azhar und dabei vor allem für deren finanzielle Unabhängigkeit vom ägyptischen Staat. Im Unterschied zu den Muslimbrüdern geht die Partei auch relativ detailliert auf Wirtschaftsfragen ein und entwirft ein Programm, das von einem Beobachter als "freie Marktwirtschaft mit Sicherheitsnetzen für die Armen" beschrieben wurde.

Die moderate Ausrichtung der Partei zeigt sich auch in ihrer außenpolitischen Linie: Einer pauschal anti-westlichen Politik zieht sie eine Politik vor, die sich gleichermaßen an nationalen Interessen wie an moralischen Prinzipien orientiert. Als eines ihrer außenpolitischen Ziele nennt sie die Schaffung einer Weltordnung, die von Gerechtigkeit, Frieden und Kooperation gekennzeichnet ist. Hier, wie auch in der Innenpolitik, lässt sich an der starken Forderung nach ethisch-moralischen Leitlinien für politisches Handeln noch die ideologische Verwandtschaft mit den Muslimbrüdern erkennen.

Bei all diesen moderaten Positionen muss aber auch auf einige unklare bzw. problematische Aussagen des Parteiprogramms hingewiesen werden. Dies betrifft vor allem die Einführung der Shari'a, die laut Programm alle Bereiche des Lebens regeln soll. Eine nähere Erläuterung, was dies praktisch bedeuten würde, wird leider nicht geboten. Es ist ferner kritisch anzumerken, dass Religionsfreiheit explizit nur für die Anhänger der Offenbarungsreligionen, also für Christen, Muslime und Juden, vorgesehen ist. Bedeutet die Nichterwähnung aller anderen Religionsgemeinschaften, dass die Wasat-Partei deren Mitgliedern keine Religionsfreiheit gewähren will? Ähnlich unklar bleibt der Passus zur Freiheit der Kunst, zu der sich die Partei in ihrem Programm zwar bekennt, gleichzeitig aber fordert, dass diese an die Werte der Gesellschaft gebunden sein müsse. Auch hier besteht Klärungsbedarf, was dies im Einzelnen bedeutet und wer im Zweifelsfall entscheidet, was höher zu bewerten ist: künstlerische Freiheit oder gesellschaftliche Werte.

Nachdem der Partei zum wiederholten Male die Zulassung verweigert wurde, gründete sie im Jahre 2000 vorläufig zumindest einen Kulturverein mit dem Namen "Gam'iyat Misr li-l-hiwar wa-l-thaqafa" (Ägyptische Vereinigung für Dialog und Kultur). 2005 stellte sie dann erneut einen Antrag auf Zulassung als Partei, über den demnächst (ein weiteres Mal) entschieden werden soll. Eine solche Zulassung ist unwahrscheinlich – die Regierung hat mehrmals deutlich gemacht, dass sie Parteigründungen auf religiöser Grundlage nicht genehmigen wird – das Cairo Magazine aber gibt folgendes zu bedenken: "Al Wasat, lacking the historical prestige and the social networks that have made the Muslim Brotherhood so popular, presents a less menacing threat to the status quo." Sollte der Druck auf die Regierung, eine islamische Partei zuzulassen, also wachsen, so wäre die Legalisierung der Wasat-Partei für die Regierung sicherlich die naheliegendste und ungefährlichste Möglichkeit, Forderungen nach einer politischen Öffnung zu begegnen.

Da die Wasat-Partei im Gegensatz zur Muslimbruderschaft nicht über ein ausgedehntes Netz sozialer Einrichtungen verfügt, ist es eher unwahrscheinlich, dass sie im Falle ihrer Zulassung große Wahlerfolge feiern würde. Sie dürfte mit ihrem Programm weniger die große Masse der ägyptischen Bevölkerung (im Delta bzw. in Oberägypten) als vielmehr die relativ schmale, gebildete Mittelschicht ansprechen, die konkretere Antworten auf die aktuellen Probleme Ägyptens erwartet, als sie die Muslimbruderschaft zu geben vermag, und die neue Wege sucht, Religion und Moderne miteinander zu verbinden.

Die Bedeutung der hizb al-wasat liegt demzufolge nicht so sehr in der Rolle, die sie in der politischen Landschaft Ägyptens in den nächsten Jahren spielen wird bzw. könnte, sondern eher in ihrem Versuch, die politischen Ideen zeitgenössischer muslimischer Reformdenker in ein politisches Programm umzusetzen. Auf dem Weg, Islam und Demokratie sowie Islam und Menschenrechte miteinander zu verbinden, ist die Wasat-Partei einen großen Schritt weiter gekommen als andere islamische Parteien und vor allem die ägyptische Muslimbruderschaft. Einen „tätigen Beweis“ ihrer fortschrittlichen Positionen im Hinblick auf Religionsfreiheit, den Schutz individueller Rechte und die Freiheit der Kunst müsste sie allerdings erst in der demokratischen, politischen Auseinandersetzung in einem Parlament antreten, was eine offizielle Integration in das politische System Ägyptens erforderlich macht. Erst wenn diese erfolgt wäre, könnte Al Wasat beweisen, dass es die in jüngster Zeit viel beschworenen „moderaten Islamisten“ tatsächlich gibt und dass sie tatsächlich einen positiven Beitrag zur Demokratisierung islamischer Gesellschaften zu leisten vermögen.